

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

7.4.1925 (No. 82)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. H. H. H.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 am Höhe und ein Siebentel Breite. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Um die Rechtskandidatur

Das „Karlsruher Tagblatt“, das es allmählich in der Umredigierung von Tatsachen zu einer unerreichten Meisterleistung gebracht hat, leistet sich in seinem Leitartikel vom gestrigen Montag folgenden Satz: „Wir stehen unmittelbar vor der Proklamierung der beiden Persönlichkeiten, die am 26. April um den Erfolg ringen werden.“ Der nicht unterrichtete und gutgläubige Leser muß daraus schließen, daß beide Gruppen, die Gruppe der republikanischen Parteien und die der Rechtsparteien, sich über ihre Kandidaten noch nicht einig geworden sind. Tat sache ist aber, daß bereits am Freitag voriger Woche die Kandidatur Marx als gemeinsame Kandidatur der republikanischen Parteien offiziell feststand; und solches war auch in allen Blättern zu lesen. Für die Gegenseite, für die Rechtsparteien, allerdings trifft die Bemerkung des Tagblatts schon eher zu, obwohl auch hier der Ausdruck, man sieht unmittelbar vor der Proklamierung, die Tatsachen vergernehtigt: das Bezeichnen der ganzen innerpolitischen Situation in Deutschland ist gerade das Faktum, daß sich die Rechtsparteien bis heute noch nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten.

Nun, die Wahrheit wird sich auch durch die Redigierungsfunktionäre des Tagblattes auf ihrem Marsche nicht aufhalten lassen. Und auch all die hübschen Nachrichten, nach welchen angeblich hier und da einzelne Sozialdemokraten oder Demokraten an der Kandidatur Marx herumrücken, werden in der gesamten Öffentlichkeit den Eindruck nicht verwischen können, daß die drei republikanischen Parteien geschlossen und in aller Form für Marx eintreten. Wenn sich wirklich heute noch diese oder jene sozialdemokratische oder demokratische Wähler nicht ganz mit der Kandidatur Marx abgefunden haben, so wird die Propaganda der nächsten Wochen diese Wähler bestimmt darüber belehren, daß Marx unbedingt gewählt werden muß, daß jede Stimme auf Seiten der Republikaner notwendig ist, wenn man den Sieg der Rechtsparteien verhindern will.

Die beste Propaganda für Marx werden jedoch die Rechtsparteien selber besorgen. Sie werden teils mit ihrer Unschlüssigkeit, teils mit den Klängen ihrer Kandidaten, teils mit ihren unerhüllten reaktionären Absichten auch die paar noch innerlich schwankenden demokratischen Wähler davon überzeugen, daß es jetzt nicht mehr gestattet sein kann, sich an Kleinigkeiten aufzuhalten, sondern daß es nur auf das Eine ankommt: nämlich einen Wahlerfolg der Rechtsparteien zu vereiteln!

Es ist selbstverständlich, daß jetzt, nachdem die Parteikandidaturen verschwunden sind, und eine große gemeinsame Kandidatur aller republikanischen Parteien aufgestellt ist, die „Karlsruher Zeitung“ als das einer republikanischen Regierung nahestehende Blatt die Pflicht hat, auch ihrerseits im Wahlkampf alles zu tun, um jene Kandidatur zu unterstützen. Vom eigentlichen Wahlkampf jedoch und polemischen Auseinandersetzungen werden wir uns nachwievor fernhalten. Es genügt uns, die entscheidenden Linien dieses Wahlkampfes herauszuarbeiten, dem Volke zu sagen, worum es diesmal geht, und dafür einzutreten, daß der Kandidat Sieger wird, der uns außenpolitisch und innenpolitisch die Gewähr einer ruhigen Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung bietet. Und das kann nach Lage der Dinge nur Marx sein.

Wer als gegnerischer Kandidat von Marx in den Wahlkampf ziehen wird, weiß man heute noch nicht. Unsere Vermutungen, daß man nach dem Ergebnis der Wahl vom 29. März an der Kandidatur Jarres wenig Freude mehr haben und nach einem anderen Kandidaten Ausschau halten würde, haben sich als richtig erwiesen. Eigentlich ist es nur noch ein Teil der Deutschen Volkspartei mit diesen oder jenen Willkürern, der unentwegt an der Kandidatur Jarres festhält.

Den Deutschnationalen war ja bekanntlich die Kandidatur Jarres nie ganz recht. Sie hätten es am liebsten gesehen, wenn ein Mann von ihres Couleurs aufgestellt worden wäre. Sie haben zwar getreulich am 29. März für Herrn Jarres gestimmt. Aber das geschah vornehmlich in der Hoffnung, daß Herr Jarres, wenn auch nicht gleich den Sieg, so doch einen glänzenden Wahlerfolg erringen würde. Als man dann am Tage nach der Wahl sah, daß die Rechtsparteien nur gerade ihren Besitzstand gewahrt, die republikanischen Parteien jedoch recht ansehnlich zugenommen hatten, rückte man von Jarres ab.

Man braucht nur rechtsstehende Zeitungen zu lesen, um klar zu erkennen, wie unangenehm dort der Zwie-

spalt im Lager der Rechtsparteien berührt, und wie groß die Uneinigkeit ist. Eine besondere Rolle spielt bei allen Kalkulationen das Verhalten der Bayerischen Volkspartei. Diese Partei weiß ganz genau, daß es für sie unmöglich ist, gegen den Zentrumsmann Marx und für den Protestanten Jarres zu stimmen. Politisch wird sie indessen von ihren Gefühlen mehr zu den Rechtsparteien hingetrieben. Was sie also wünscht, das ist die Aufstellung eines Kandidaten, der auch ihren Wählern zur Not als der bessere Kandidat gegenüber Marx hingestellt werden könnte.

Und so ist die Bayerische Volkspartei, nachdem das Experiment einer Sammellandidatur Simons mißlungen war — Herr Simons war übrigens gar nicht gefragt worden —, auf die Idee verfallen, den 76jährigen Feldmarschall v. Hindenburg als Kandidaten vorzuschlagen. Seit Samstag sind denn auch Verhandlungen mit Hindenburg über eine etwaige Kandidatur eingeleitet worden. Nach den neuesten Meldungen soll Hindenburg sich bereit erklärt haben, zu kandidieren, wenn die gesamte Rechte geschlossen für ihn ist. Dazu müßte aber die Deutsche Volkspartei in aller Form auf Jarres verzichten. Ob sie das tun wird und tun kann, ist fraglich.

Erst dann, wenn Hindenburg offiziell aufgestellt ist, wird es angebracht sein, zu dieser Kandidatur Stellung zu nehmen. Heute ist nur das Eine zu sagen, daß diese Kandidatur ein Verlegenheitsmanöver darstellt, daß sie uns außenpolitisch schaden muß, und daß sie die republikanischen Wähler nur noch fester zusammenschmiedet wird. Mit den vortrefflichen Charaktereigenschaften des greisen Feldmarschalls hat die politische Beurteilung seiner Kandidatur natürlich nichts zu tun. Gerade, wer Hindenburg als Persönlichkeit ansetzt, sollte bedauern, daß nun auch er in die Strudel eines doch ganz politisch gefährdeten Wahlkampfes hineingezogen wird.

Das ist übrigens auch die Auffassung der deutschnationalen „Süddeutschen Zeitung“, die die Kandidatur Hindenburgs mit folgenden Sätzen bekämpft:

„Die Wünsche einiger besonders eifriger Taktiker im nationalen Lager gingen — wir erwähnten die Angelegenheit nur kurz — bekanntlich dahin, für den Endkampf unseren Hindenburg als Kandidaten aufgestellt zu sehen. Es mögen die Herren allerlei Ermoegen haben, ein jedoch haben sie nicht genügend berücksichtigt: Es wäre ein Jammer, wenn nun auch noch Hindenburg in das Parteigezänke hineingezerrt worden wäre. Der Generalfeldmarschall galt bisher dem ganzen Volke noch als eine Stelle, die unberührt war von dem Schmutz parteipolitischen Habers, als leuchtendes Sinnbild einer Zeit, in der wir um große Ziele wirklich eifrig waren. So soll es auch bleiben.“

Wir möchten uns die Tonart und stilistische Formulierung der „Süddeutschen Zeitung“ nicht zu eigen machen, aber rein sachlich können wir ihren Argumenten nur zustimmen.

### Die Gewerkschaften beim Reichskanzler

Auf Antrag der Spitzenorganisationen wurden Montag vormittag die führenden Persönlichkeiten aller Gewerkschaftsrichtungen durch den Reichskanzler empfangen. Von Seiten der Gewerkschaftsvertreter wurde die wirtschafts- und sozialpolitische Lage, vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus betrachtet, ausführlich dargelegt, und es wurde dabei die Befürchtung ausgesprochen, daß die politische Entwicklung in einer Richtung verlaufe, die infolge zu weit gehender Schonung des Besitzes die Belange der Arbeitnehmer, besonders auf dem Gebiet der sozialen Steuerpolitik gefährdet. Die Vertreter der Reichsregierung haben die Wünsche der Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis genommen und stellten eine Prüfung der vorgebrachten Wünsche in Aussicht, insbesondere erklärte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung den Erfordernissen der Sozialpolitik nach wie vor das allergrößte Verständnis entgegenbringe und bestrebt sei, mit den Arbeitnehmerkreisen in den schwebenden Fragen weiterhin in Verbindung zu bleiben.

Steuererleichterungen. Dem Reichsrat liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, der schon mit Wirkung für das Jahr 1925 bei den Einkommenbeträgen von 8 bis 16 000 Mark eine Steuerentrichtung von 15 Prozent und erst von den weiteren Beträgen eine solche von 20 Prozent vorsieht. Um die Härten zu vermeiden, die darin liegen, daß Steuerpflichtige mit mittlerem Einkommen mehr an Vorauszahlungen entrichten, als sie nach dem vorgesehenen Tarif zu leisten hätten, hat der Reichsfinanzminister bestimmt, daß bei den am 10. April zu leistenden Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das erste Halbenjahr 1925 von den ersten 3000 Mark des vierteljährlichen Überschusses 10 Prozent, dagegen von weiteren 2000 Mark 15 Prozent statt bisher 20 Prozent und erst von den dann folgenden Beträgen 20 Prozent zu entrichten sind. Der Unterschiedbetrag wird vorläufig gestundet. Durch Erlass vom 24. März 1925 hat der Reichsminister der Finanzen weiterhin verfügt, daß die zuviel gezahlten Beträge für die Einkommensteuervorauszahlung 1924 auf Antrag zurückerstattet werden können.

### Zur Reichspräsidentenwahl

Die Wahlreise von Dr. Marx  
Nach einer Mitteilung der „Germania“ wird der Volksblockkandidat für den zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten, Dr. Marx, nach Ostern eine Rundreise durch Deutschland unternehmen. Er wird am 14. April in Königsberg, am 15. in Stettin, am 17. in Berlin, am 19. in Magdeburg, am 20. in Münster, am 21. in Koblenz, am 22. in Karlsruhe und am 23. in Stuttgart sprechen. Das weitere Programm der Reise wird noch festgelegt werden.

Der Wahlausruf der Zentrumspartei  
Die Zentrumspartei hat folgenden Wahlausruf „An die deutschen Wähler“ gerichtet:

„Für die Reichspräsidentenwahl am 26. April ist der frühere Reichskanzler Wilhelm Marx als Kandidat aufgestellt worden. Die Kandidatur Marx ist hervorgehoben aus der Liebe und Sorge um das Vaterland. Weit über Parteigrenzen hinweg entspricht sie dem Willen des deutschen Volkes. Wilhelm Marx ist der Volkskandidat. Das Volk will die Zusammenfassung aller staatsfreundlichen Bürger, um den sozialen Volksstaat auszubauen und festigen. Das Volk liebt sein Vaterland und will seine nationale Kraft entfalten, aber es schätzt den Völkerverfrieden als kostbares Gut der Menschheit. Das will auch Marx. Mit dem Gefühl tiefer Ehrfurcht steht er der deutschen Vergangenheit gegenüber und mit herzhafter Zustimmung vor dem lebenskräftigen Gut der neuen Zeit. In der internationalen Welt will er eine Stimmung gegenseitigen Vertrauens schaffen, die unserm neu aufstrebenden Vaterland freien Lebensraum und Entfaltungsmöglichkeit auch im großdeutschen Sinne sichert. Marx ist der erfolgreichste Förderer einer Außen- und Innenpolitik, die der deutschen Wirtschaft Ruhe und Festigkeit gibt und sie neu belebt. Alle Zeit hat er dafür gekämpft, das deutsche Kultur- und Bildungsgut allen Schichten des deutschen Volkes zugänglich zu machen. Deutsches Volk, lasse Parteibedenken dein Urteil nicht trüben: richte den Blick auf das Ganze, wähle Wilhelm Marx. — Die deutsche Zentrumspartei.“

Der Reichsblock der Rechtsparteien  
wird voraussichtlich am morgigen Mittwoch die Entscheidung in der Kandidatenfrage treffen. Gestern fanden auf Anregung der Bayerischen Volkspartei neue Verhandlungen in Hannover mit Hindenburg statt. Man ist verschiedentlich in Rechtskreisen dagegen, Hindenburg in die Politik hereinziehen und ihn der Gefahr einer Wahlunterlage auszuweichen. Die deutschnationalen Mitglieder des Preussischen Staatsrates haben sich einer Blättermeldung zufolge einstimmig für die Kandidatur Jarres ausgesprochen.

Verschiedene Rechtsblätter üben am Vöbellauschuß scharfe Kritik. Strefemanns „Zeit“ erklärt, daß Jarres der Kandidat des Reichsblocks sei. Der Vöbellauschuß bestreitet, daß in ihm eine Abstimmung stattgefunden habe.

Wenauer und Jarres  
W. W. Köln, 7. April. (Tel.) Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Wenauer und Dr. Jarres sind in Gegenwart der Vorsitzenden der Rheinischen Zentrumspartei und der Arbeitsgemeinschaft des Rheinischen Provinziallandtages zu einer eingehenden Aussprache über die in letzter Zeit zugeworfenen Meinungsverschiedenheiten betreffend der Rheinlandpolitik im Jahre 1923 zusammengetreten. Insbesondere wurden die Vorgänge in Barmen und Hagen von 24. und 26. Oktober 1923 erörtert. Eine Einigung über den Wortlaut der damals gemachten Äußerungen wurde dabei nicht erzielt. Dr. Wenauer und Dr. Jarres erklärten aber ausdrücklich, daß sie von dieser Aussprache überzeugt sind, daß alle bei den Verhandlungen in Barmen und Hagen geäußerten Gedanken nur dem Beweggrund entsprungen sind, das Rheinland beim Reich zu erhalten. Die von Dr. Jarres seinerzeit vorgeschlagene Lösung kann vom Standpunkt des Zentrums aus nach wie vor nicht gebilligt werden. Es wird jedoch anerkannt, daß Jarres das Rheinland niemals hat „verlassen“ lassen wollen. Wenauer und Jarres haben sich verpflichtet, jede Erörterung dieser Frage abubrechen. Sie ersuchen die ihnen nahestehende Presse und ihre politischen Freunde, ihnen darin zu folgen.

### Der Leipziger Tschelaprozess

Im Leipziger Tschelaprozess begannen am Montag die Plaidoyers der Verteidiger. Als erster sprach Rechtsanwalt Schaemichen für den Angeklagten Diener. Er ging davon aus, daß die Tätigkeit Dieners als Nachrichtenleiter der Polizei bekannt war und Diener infolgedessen nicht strafbar sei. Seine sonstige Tätigkeit habe sich auf die Stuttgarter Fälle beschränkt. Von diesen habe er entweder, wie im Falle Goltz, nichts gewußt, oder er habe keine zehrende Tätigkeit ausgeübt. Rechtlich liege daher ein Rücktritt vom Versuch vor. — Rechtsanwalt Goldstein, der Verteidiger Neumanns, wandte sich einleitend dagegen, daß die Gruppe Neumann mit der russischen Tschelapa gleichgestellt werde. Neumann und seine Genossen dürften daher nicht aus der Atmosphäre der russischen Tschelapa heraus beurteilt werden. Neumann selbst halte er für völlig zurechnungsfähig. Dagegen könne davon gesprochen werden, daß er in bestimmten Augenblicken infolge seiner labilen Willensveranlagung anders zu beurteilen sei als ein Mensch ohne psychische Besonderheiten.

Die Affaire der Preussischen Landespandbriefbank. Wie die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums mitteilt, hat in der Angelegenheit der Landespandbriefanstalt der Untersuchungsrichter den Bankdirektor Kunert gegen Hinterlegung einer Sicherheit in Höhe von 100 000 Reichsmark aus der Untersuchungshaft entlassen.

## Die franz. Finanz- und Regierungskrise

### Das Finanzprogramm de Monzie

Die französische Regierungskrise ist in erster Linie eine Krise der Staatsfinanzen. Das Finanzprogramm des neuen Finanzministers de Monzie sieht von einer Vermögensabgabe ab, die eine starke Gegenwehr, auch in den Kreisen der Linksparteien gefunden hätte. Die Lösung wird auf dem Wege einer großen Anleihe gesucht, die zwar zahlreiche Merkmale einer Zwangsanleihe trägt, aber als solche äußerlich nicht in Erscheinung treten soll. Als Grundlag soll für die Beteiligung an der Zeichnung gelten, daß der Kapitalbesitz jeglicher Art mit 10 Prozent des effektiven Vermögenswertes (Richesse acquise), d. h. unter Schonung des Betriebsvermögens, dazu herangezogen werden soll. Unter Appell an die freiwillige Opferbereitschaft der bestehenden Klassen plant Herr de Monzie jedoch, zunächst auf jede Ausübung des Zwanges zu verzichten. Es soll weder eine Veranlagung durch den Fiskus noch eine Kontrolle darüber stattfinden, wie weit die einzelne Zeichnung tatsächlich mit dem finanziellen Zeichnungsvermögen des Zeichners in Übereinstimmung steht. Erst für den Fall, daß diese freiwillige Anleihe nicht das erwartete finanzielle Ergebnis haben würde, soll deren Umwandlung in eine reguläre Zwangsanleihe mit Veranlagung durch die Steuerbehörden, sei es auf Grund der bisherigen Einschätzung oder auf Grund einer obligatorischen Deklarationspflicht, erfolgen. Der Zinsfuß dieser Anleihe, für den 4 Prozent genannt werden, liegt nicht nur sehr beträchtlich unter den heute im französischen Geschäftsleben üblichen Leihzinsen, sondern auch noch recht beträchtlich unter der Zinshöhe, die der französische Staat in den letzten Jahren für die ihm antizipierten Spargelder aufwenden mußte. Es liegt darin also indirekt eine Erlassung des Kapitalbesitzes, die wenn auch in der Form wesentlich milder als die ursprünglich geplante Vermögensabgabe, das Projekt des Herrn de Monzie für die Sozialisten annehmbar machen dürfte; die für ihre Zustimmung die Forderung stellen, daß die Last der finanziellen Reform ausschließlich von den leistungsfähigen Schultern getragen werde.

### Die Lage der Regierung Herriot

Nach „L'Avantgarde“ steht fest, daß Herriot die Dringlichkeit für die vorgelegten Finanzgesetze verlangen und deren sofortige Überweisung in den Finanzausschuß der Kammer beantragen wird. Man rechnet allgemein mit schärfstem Widerstand der Opposition. Doch dürfte sie in der Kammer eine ausreichende Mehrheit finden. Kritischer ist die Lage im Senat, in den ja dieser Tage auch Millerand, der Gegner Herriots und Freund Poincarés hineingewählt wurde. Allerdings wird der Senat kaum vor Mitte Mai Gelegenheit haben, zu den Finanzvorlagen Stellung zu nehmen, da mit Rücksicht auf die in der Woche nach Ostern beginnende Tagung der Generalräte und die am 3. Mai stattfindenden Kommunalwahlen das Parlament Ende der kommenden Woche auf mehrere Wochen verlagert werden wird, und die Zeit bis dahin dürfte von der Diskussion des Budgets zeitlich in Anspruch genommen werden. Die Regierung hat also zum mindesten einige Wochen Zeit gewonnen, die angesichts der Entscheidung, mit der Herriot dem Lande den Ernst der Situation vor Augen geführt hat, voraussichtlich nicht zugunsten der Opposition arbeiten werden. Unter diesen Umständen dürfte den Anfeindungen gegenüber, die auch gegenwärtig wieder sehr eifrig fortgesetzt werden, und die die Existenz des Ministeriums Herriot noch nach Stunden und Tagen bemessen, Erfolg am Platze sein.

Der Gesamtverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse hielt vom 5. bis 6. ds. Mts. in Saarbrücken eine Tagung ab, an der etwa 50 Mitglieder aus ganz Deutschland teilnahmen. Der Sonntag und der Montag Vormittag waren beruflichen Beratungen gewidmet, wobei unter den Mitgliedern volle Einmütigkeit in der Auffassung der verschiedenen Punkte erzielt wurde. Am Sonntag Abend hatte die Stadt in den festlich hergerichteten Räumen des Rathauses einen Begrüßungsabend veranstaltet, zu dem etwa 200 Personen, darunter das saarländische Mitglied der Regierungskommission und Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Parteien erschienen waren. Auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Dr. Reikes erwiderte Georg Bernhardt mit einer Rede, in der er betonte, gerade, daß die Tagung in Saarbrücken abgehalten wurde, sei ein weiterer Beweis, daß das Saargebiet als ein Teil Deutschlands angesehen werde. Auch von verschiedenen anderen Rednern wurde die Zusammengehörigkeit des deutschen Saarländers mit dem deutschen Mutterlande hervorgehoben.

## Badisches Landestheater

### Faust. II. Teil. Tragödie von Goethe. — In 5 Akten.

#### In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Felix Baumbach hat den II. Teil von Goethes Faust neu inszeniert und verdient mit dieser Aufführung vollen Dank aus dichterischen und szenischen Gründen. Dies sei als Hauptergebnis der Aufführung vorausgeschickt, um die gegen Einzelheiten vorzubringenden kritischen Einwände das Verdienst im ganzen nicht verdunkeln zu lassen. Nachdem Baumbach vor vierzehn Monaten den ersten Teil der Faustdichtung herausgebracht hatte, war es Pflicht gegenüber dem Dichtwerk nun auch den zweiten Teil folgen zu lassen. Denn die Faustdichtung ist eine geschlossene Einheit, deren I. Teil ohne den zweiten unvollendet bleibt. Es wäre daher zu fragen, ob es technisch nicht möglich gewesen wäre, die Aufführung des zweiten Teils zeitlich schneller auf die des ersten folgen zu lassen. Da alle bisherigen, theoretisch allein zulässigen Aufführungen beider Teile an einem Tage praktisch mißglückt sind, so blieb als künstlerisch notwendige Art der Bühnenbearbeitung die Aufführung an zwei aufeinander folgenden Abenden. Freilich muß dabei zunächst die Frage befriedigend beantwortet werden, wie weit diese künstlerische Notwendigkeit mit Rücksicht auf das Publikum wie auf den Theaterapparat praktisch durchführbar ist.

Diese Erwägungen sollen aber nun nicht unseren Dank für die Inszenierung des II. Teils einschränken. Nachdem der I. Teil uns im Prolog des Himmels das Thema der Dichtung angeschlagen, darauf den Charakter Fausts als ewig unbefriedigter Doppelnatur aus Kontemplativität und Aktivität dargelegt und schließlich die Begegnung dieses so gearteten Fausts mit Mephisto vorgeführt hatte, zeigte er uns Fausts Bestehen der ersten teufelischen Versuchung mit Hilfe sinnlicher Leidenschaft in der Gretchentragödie. Nachdem das furchtbare Erlebnis in Gretchens Verleer in Faust die entscheidende Wandlung hervorgerufen hat, schlägt Mephisto mit dem herrlichen „Oer zu mir“ die Brücke zum zweiten Teile mit seinen neuen Versuchungen, Faust von seinem Urquell abzuleiten.

Derselbe, nur in den Inhalten seines maßlosen Strebens gewandelte Titan Faust erkennt bei seinem Wiedererwachen am Anfang des zweiten Teils, daß er die Subjektivität sinnlich-elementaren Lebensdranges der Jugend verlassen müsse, um am farbigen Abglanz des Lebens zu haben. Es beginnt für ihn die Versuchung im Reiche des schönen Scheins. Als höchstes Ziel lödt ihn darin die vollendete Schönheit Helena. Diese Anfangsszene war bühnisch die vom Dichter vorgeschriebene anmutige Gegend und wurde von Ariel (Midi

## Politische Neuigkeiten

### Die deutschen Reparationszahlungen

BRN. Berlin, 7. April. Nach einer Übersicht des Büros des Generalagenten betragen die Eingänge in den ersten 7 Monaten 580.081.046,58 RM. Die Zahlungen erreichten im März 91.691.083,47, in den ersten sieben Monaten insgesamt 1.555.387.333,19 RM. Der Generalagent verfügte Ende März über einen Vorrat von 24.693.713,39 RM.

Unter Zahlungen im März sind gebucht oder für Rechnung Großbritannien rund 27,64 Millionen, für Frankreich 37,96 Millionen, für Italien 3,94, Belgien 12,53, Jugoslawien 2,3 Mill. M. Rumänien und Japan erhielten Lieferungen im Werte von je 600.000 M., Portugal von 300.000 M.

Die Aufwendungen für die Reparationskommission betragen im März rund 255.000, für die Rheinlandkommission 416.000, für die militärische Kontrollkommission 500.000 M.

Für die ersten sieben Monate sind insgesamt als Zahlungen gebucht worden: Für Großbritannien rund 128,48 Millionen, darunter an Abgaben aus dem Recovery Act 103,9, für die Besatzungsarmee 7,5 und für Lieferungen aus dem Rheinlandabkommen 12,6; für Frankreich 235.442 Mill., darunter an Abgaben aus dem Recovery Act 9,4, an Kohlen und Holz 72,7, für die Besatzungsarmee 18,7, an Requisitionen auf Grund des Rheinlandabkommens 53,3, an Lieferungen im Ruhrgebiet 23,4; für Italien 41,14 Mill., darunter für Kohlen und Holz 23,7, pharmazeutische Produkte 7,3; für Belgien 57,7, darunter für Kohlen und Holz 26,7 Mill., an Lieferungen aus dem Rheinlandabkommen 9,2 Mill., an Lieferungen im Ruhrgebiet 4,6 Mill. Schließlich wurden in den ersten sieben Monaten bezahlt: an die Resto rund 0,8 an die Rheinlandkommission 3,1, an die militärische Kontrollkommission 6,5, während für den Zinsendienst rund 39,2 Millionen und für das Büro des Generalagenten 1,6 Millionen angewiesen sind.

### Der Herner Eisenbahnprozess

Vor dem erweiterten Schöffengericht Herner begann am Montag der auf 2 Tage berechnete Herner Eisenbahnprozess. Es handelt sich dabei um das am 13. Januar im Bahnhof Herner vorgefallene Eisenbahnunfall, wobei 23 Personen getötet und weit über 60 Menschen verletzt wurden. Angeklagt wegen fahrlässiger Eisenbahntransportgefährdung, fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung ist der Lokomotivführer des Berlin-Köln-er D-Zuges Nr. 10 Habertamp aus Hamm. Der Angeklagte vertritt bei seiner Vernehmung entschieden die Ansicht, daß er bei der Einfahrt des D-Zuges im Bahnhof Herner sowohl das Signal, wie auch das Hauptsignal auf „fahrfrei“ gestanden habe und daß er das hierfür erforderliche grüne Licht gesehen habe. Er sei bei diesem Nebel mit geringer Fahrtgeschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren. Die Anklage hält diese Angaben für unzutreffend und durch die Feststellungen als widerlegt. Die Anklage kam zu dem Schluss, daß beide Signale in Wirklichkeit auf „Halt“ gestanden und von Habertamp überfahren worden seien. Zudem sei er trotz des dichten Nebels und der dadurch bedingten schlechten Sicht mit großer Geschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren.

In der Nachmittags-Sitzung behandelte sämtliche Beamte des betr. Stellwerks, daß ein Versehen der Signalvorrichtung niemals vorgekommen sei. Das Signal habe auf „Halt“ gestanden. Die Verteidigung beantragte die Vernehmung eines Gutachters auf dem Gebiete der Elektrizität. Er behauptete, daß nicht der Mensch, sondern die Materie schuld an dem Unfall sei. Die Signale hätten verfaßt. — Der Vorsitzende erklärte, daß das Gericht sich die Entscheidung über den Antrag für die Dienstag-Sitzung vorbehalte.

### Ein belgisches Kriegsgerichtsurteil

Das Kriegsgericht von Brabant hat den Kommandeur der Bremer Schutzpolizei, Oberst Caspari, früher Hauptmann im Infanterie-Regiment Nr. 75, wegen Erschießung eines Geiselteten in contumaciam zum Tode verurteilt. Zu diesem Urteil verurteilt Oberst Caspari eine Erklärung über den Feuerüberfall auf das Inf.-Regiment Nr. 75 bei dem deutschen Vormarsch am 18. August 1914. Darnach fragte vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in das belgische Städtchen der damalige Hauptmann Caspari den Ortsgeistlichen, ob die Ortschaft von der Zivilbevölkerung geräumt sei. Der Geistliche bejahte die Frage, worauf das Regiment mit dem Geiselteten an der Spitze in den Ort einzog. Bei einer Begleitung angeht ein erkrankter Barrikade versuchte der Geistliche zu entkommen, was ihm

jedoch nicht gelang. Darauf setzte ein heftiger Feuerüberfall auf das Regiment ein. Als erster fiel der Geistliche den Augen seiner eigenen Landstunde zum Opfer.

### Die französischen Seeresetze

Der französische Kriegsminister, General Rollet, hat am Montag, wie aus Paris gemeldet wird, dem Präsidenten der Republik den Gesetzentwurf über die allgemeine Organisation der Armee, der sieben vom Obersten Kriegsrat gekräftigt worden ist, zur Unterzeichnung überreicht. Die Form der militärischen Institutionen umfaßt drei Gesetzentwürfe; einen Gesetzentwurf betr. die allgemeine Organisation, der die Grundlagen der neuen Armee festlegt, einen weiteren Gesetzentwurf betr. die Rekrutierung, der gegenwärtig dem Obersten Kriegsrat vorliegt, in dem die militärischen Verpflichtungen der Staatsbürger festgelegt werden, und der die Verabreichung der Militärdienstleistungen vorzieht; schließlich einen Gesetzentwurf betr. die Gabels und die Effektivebestände, der später vorgelegt werden soll, und der die Natur und die allgemeine Zusammenfassung der Seerescheinheiten auf ein Jahr enthält.

Rußland und England. Wie „Daily Mail“ erfährt, sind von der Sowjetregierung neue informelle Schritte ergriffen worden, um die vollständige Anerkennung Russlands durch Großbritannien sicherzustellen. Die britische Regierung soll angesichts der jüngsten politischen Schwankung Moskaus ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben haben, die Frage in nachvollziehbarer Erwägung zu ziehen. Die Sowjetregierung bemüht sich ferner, in London eine Anleihe zu erhalten. Die britische Regierung soll keine Einwendungen erheben, aber dargelegt haben, daß eine Garantie der Regierung hinsichtlich der Anleihe nicht gewährt werden könne.

### Kurze Nachrichten

Die nächste Vollversammlung des Reichsrates findet am Mittwoch statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die vom Reichstag in der letzten Woche erledigten Vorlagen, das Handelsabkommen mit Guatemala, das Grundbuchgesetz, die Vereinbarungen über die Rheinschiffahrtspatente usw. Die Vollversammlung des Reichsrates für die Steuererlasse findet erst am 21. April statt.

Die Entschädigung für den Tod Delferids. Zwischen der Direktion der Schweizerischen Bundesbahnen und den Erben des bei der Eisenbahnkatastrophe bei Bellinzona verunglückten Staatsministers A. D. Delferid wurde eine Entschädigung von 250.000 Franken vereinbart.

Eine Karminat-Broschüre besänftigt. Die von dem deutschnationalen Abg. Kaufhold, einem Mitglied des Karminat-Ausschusses, herausgegebene Broschüre, ist den Wählern zufolge, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

England und die französischen Schulden. „Daily Telegraph“ zufolge hat in der letzten Woche der Meinungsaustrausch zwischen den Sachverständigen der britischen und der französischen Finanzministerien über die Frage der französischen Schulden an Großbritannien die Tatsache entblüht, daß augenblicklich eine unüberbrückbare Kluft die Standpunkte beider Länder voneinander trennt.

Die Telegraphenverbindung Londons mit dem Kontinent. „Morning Post“ berichtet, daß führende Beamte des britischen Postministeriums in den letzten Wochen Versuche unternommen, die, wie man hofft, bald zu einem großen Telephonsystem führen werden, das London mit jeder großen Stadt in Europa und Asien verbinden wird. Versuche mit Stockholm, Turin und Berlin zu sprechen, waren erfolgreich.

Wahlen in Ulster. Bei den allgemeinen Wahlen in Ulster erhielten die Unionisten 32 Sitze, die Nationalisten 10, die Unabhängigen Unionisten 4, die übrigen Parteien 6 Sitze. Die Wahlen bedeuten damit für die irische Regierung einen Verlust von 8 Mandaten.

Flottenmanöver der Vereinigten Staaten. Eine Flotte der Vereinigten Staaten, bestehend aus 107 Kriegsschiffen aller Art und Klassen ist in San Francisco zusammengezogen worden. Sie wird in 10 Tagen nach Beendigung der Vorbereitungen die Fahrt zu den Mandern in den Gewässern von Hawaii und zum Besuch australischer Häfen antreten.

Zur Unterdrückung des Aufstandes in Südwest. General Herzog gab bekannt, daß die Adelsführer des inzwischen ohne Kampf beendeten Aufstandes im Rehobother Gebiet bestraft werden würden. Die Aufständischen haben sich mit ihren Waffen ergeben. Die gerichtliche Untersuchung wird sich mit der Lage des Rehobother Stammes befassen.

Scheinpflug) und Faust (Robert Bürkner) gut gesprochen. Die drei Elfen entsprachen weniger der dichterischen Intention, und ich hätte mir auch die überwältigende Wirkung der aufgehenden strahlenden Sonne stärker vorstellen können. In den darauffolgenden Szenen in der kaiserlichen Palz hat Mephisto die unbedingte Führung. Ulrich von der Trenk liegt in der Verkörperung der Rolle nichts zu wünschen übrig, sowohl kostümlich wie in der Gestik und in der Sprache. Auch die Vertreter des Hofes waren durchweg ihrer Aufgabe gewachsen, zunächst der jugendlich leichtsinnige und genussüchtige Kaiser von Stefan Dahlen, der würdige Bischofskanzler von Fritz Herz, der feste Marschall von Friedrich Reus, der geheimnisvolle Astrolog von Friedrich Krüger; farblos war Arno Oberst als Heermeister und zu theatralisch Bruno Sibner als Schachmeister.

Der darauf folgende Mummenschanz hätte noch lebhafter sein dürfen, wobei wohl der Bühnenraum nach hinten hätte vertieft werden können. Doch hier manches gestrichelt wurde, war ohne weiteres zu billigen, aber das ganze Treiben war etwas dünn, und namentlich das Aufstehen des Kaisers — Pan und seiner Begleiter sowie das Flammengaukelspiel waren unbefriedigend; dabei sah es auch noch etwas mit den Spielern zu haben. Die einzelnen Rollen wurden aber durchweg gut und sinnvoll gesprochen; namentlich sei aus der Schar der Sprecher der auch in der Erscheinung gut wirkende Herold von Hermann Brand erwähnt.

Sehe klar wirkte die vor einfachem schwarzen Vorhang sich abspielende Szene „Antike Galerie“ durch das Spiel Ulrich von der Trenk als Mephisto, während der Faust Bürkners es hier an beherzender Kraft fehlen ließ, so daß der Eindrud der „Mitter“ nicht genügend zur Geltung kam; besonders bedauerlich war das Versagen des Pantomimisten, da man den Eindrud gewann, daß es nicht so sehr an wirklichem Mangel an Kraft lag, sondern an einem unangebrachten Willen zur künstlerischen Dämpfung. In der folgenden Ritterkutschszene kam deutlich ein Mangel der gesamten Bühnenbilder der kaiserlichen Palzfolge zu dem Vorschein, daß sie zu wenig durch bewusste Architektur zum Gegensatz des Gotischen mit dem nun erscheinenden antik-klassischen Tempel betonten. Für den Gang der inneren Handlung des nordischen Barbaren zur klassischen Schönheit wäre die szenische Herausarbeitung des Gegensatzes vorteilhaft gewesen. Die Erscheinung von Boris und Helena selbst war gut gelungen.

Die Studierzimmerzene im II. Akt wurde wiederum von Ulrich von der Trenk mit großer Klugheit gespielt, wenn der Regisseur auch davon abgesehen hätte, ihn gemäß der Bühnenanweisung des Dichters in seinem Stuhl immer näher ans

Proszenium rücken zu lassen. Einen wertvollen Partner fand er in Paul Gemme als Wagner in der Laboratoriumszene. Das schwierige Problem der Homunculuserscheinung löste Baumbach dadurch, daß er den Homunculus nach der Entstehung in der Flasche außerhalb des Gefäßes als Funken sich im dunklen Raume bewegen ließ. Es läßt sich dagegen natürlich vieles sagen, vor allem, daß dadurch nun seinem Oran, aus der Flasche herauszukommen und körperlich zu werden, der reale Grund entzogen ist. Doch schien mir die Wirkung gelungen. Ganz unverdächtig dürfte aber wohl jedermann geliebt sein, warum dem zwei Homunculusfiguren irrtümlicherweise. Mir war die einzige Erklärung ein technisches Versehen. Die Sprechweise des Homunculus (Hans Raffel) war schlechthin unverstänlich.

In die klassische Balpurzinsucht führt tatsächlich nur ein Homunculusfunken. Eingeleitet wurde diese Szene durch die von Maria Weller als Erichtho eindrucksvoll gesprochenen Verse. Das Bühnenbild mit seiner ägyptischen Sphinxstatue war voll Stimmung, und überaus geschickt war, wie die mythologischen Gestalten am Abendhimmel vorüberzogen. Auch in der Anordnung des szenischen Durchgehens verfuhr Baumbach mit großer Klugheit und künstlerischem Feingefühl. Auf die Vollendung der Homunculushandlung verzichtete er mit scharfem Blick für die Unauflöslichkeit der Galathea-Belebensapotheose auf dem Meer, da Homunculus nach seiner Vollendung für den weiteren Gang der Handlung ja vollkommen anschalet. Dafür ließ er zuerst den Mephisto seinen Platz bei den Hortjaden finden und dann zum Schluß erst Faust den Weg zur Unterwelt, der Heimat Helens. Besonders lobenswert dabei das Bühnenbild mit Sphinx, während mir die im gleichen szenischen Rahmen vorkommenden Nymphen etwas zu wiederholend wirkten, zu unklar, und unklar. Auch der Sitz der Maria, die Marie Frauenhofer ahnungslos sprach, war gut gelungen.

Der II. Akt war der schwächste der Aufführung. Zunächst reichte Melanie Ermarth als Helena rein äußerlich nicht hin, um das Erlebnis der höchsten vollendeten Schönheit glaubhaft zu machen. Darüber vermochte auch ihre wunderbare Sprechweise und ihr reiches Gebärdespiel nicht gänzlich hinwegzuhelfen. Besonders litt dieser III. Akt am Verlangen Robert Bürkners als Faust; er war viel zu kühl, zu unbefähigt von Schönheitsrausch, um überhaupt diese ganze Helena-Verführung in ihrer Bedeutung für das Publikum nachvollziehbar zu machen. Dazu traten dann noch szenische Unzulänglichkeiten. Die Chorleiter in der ersten Szene waren sicherlich an sich von schöner Mitwirkung und erst entzündet, aber sie waren nicht gerade von klassischem Stilwillen geformt. Die gespreizten

# Badischer Teil

## Das endgültige Ergebnis der Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925 im Wahlkreis Nr. 32 (Baden)

Zur Ermittlung des endgültigen Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925 im 32. Wahlkreis (Baden) versammelte sich am Montag vormittag der Kreiswahlausschuss im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters Ministerialrat Weigel.

Bei der Prüfung wurden folgende endgültige Abstimmungsergebnisse festgestellt:

Namen der Anwärter	Ergebnisse		Unterschied (Spalte 4) (+) oder (Spalte 5) (-) als Spalte 3
	absolut	relativ (%)	
Otto Braun, Reichspräsident a. D., Berlin	198 489	22,7	+ 5
Dr. Heinrich Held, Reichspräsident, München	3 740	0,4	+ 4
Dr. Willy Gelpke, Reichspräsident, Karlsruhe	88 067	10,1	+ 4
Dr. Karl Jarres, Reichspräsident, Duisburg	241 345	27,6	+ 12
Erich Lubendorf, Gen. d. Inf. a. D., München	6 513	0,7	- 5
Wilhelm Marx, Reichspräsident a. D., Berlin	295 180	33,8	+ 3
Ernst Thälmann, Reichspräsident, Hamburg	39 197	4,5	- 45
Gerplittert	1 378	0,2	- 46
Insgesamt	873 929	873 861	100,0 - 68

Die Gesamtwahlbeteiligung betrug 62,1 Prozent gegenüber 71 Prozent bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 und 67,9 Prozent bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924.

Die Ermittlung ergab außerdem die bemerkenswerten Feststellungen, das 1832 Stimmen auf 679 nicht vorgeschlagene Anwärter abgegeben wurden; diese Stimmen gelten als zerstückelt.

## Die Freiburger Kundgebung für den Ausbau des Oberrheins

An der vom Rheinischschiffahrtsverband Konstanz mit den oberbadischen Handels- und Handwerkskammern, der badischen Landwirtschaftskammer und einer Anzahl oberbadischer Städte am 4. April in der Festhalle zu Freiburg veranstalteten Kundgebung für den Ausbau des Oberrheins, über die wir bereits berichtet haben, nahmen etwa 600 Personen teil. Insbesondere waren außer Vertretern der beteiligten Körperschaften zahlreiche Delegationen der oberbadischen Gemeinden erschienen. Auch die Wasser- und Straßendirektion Karlsruhe, die Handelskammer Mannheim, der Verein zur Abwehr der Rheinischschiffahrtsinteressen in Duisburg-Nordort, der Südwestdeutsche Kanalverein Mannheim und Stuttgart, der Reichsschiffahrtsverband jus et justitia, Duisburg und der Verein für Schiffahrt auf dem Oberrhein in Basel waren vertreten. Ebenso hatten sich Vertreter badischer Behörden eingefunden. Nach verschiedenen Referaten wurde, wie gemeldet, einstimmig eine Entschließung angenommen, deren vollständiger Wortlaut der folgende ist:

„Eine aus allen Bevölkerungskreisen und Erwerbstätigen Oberbadens zahlreich besuchte Versammlung in der Festhalle zu Freiburg i. Br. hält den baldigen Ausbau des Oberrheins

stredt Straßburg-Basel durch Regulierung dieses Flußlaufes im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung der oberbadischen Gebietsteile für dringend erforderlich, hierbei an der alten Forderung der gleichzeitigen Fortführung des Großschiffahrtsweges bis zum Bodensee festhaltend.

Ganz entschieden spricht sich die Versammlung gegen den Plan der Herstellung eines linksrheinischen Seitenkanals aus. Dieser würde den Bedürfnissen der Großschiffahrt durchaus nicht genügen. Die Ableitung des Rheines auf das linke Ufer hätte außerdem zur Folge, daß nahezu das ganze Wirtschaftsgebiet des rechten Ufers von der Wasserstraße abgeschnitten und damit der Volkswirtschaft unabwehrbar Schäden zugefügt würde.

Nur durch Verlassung des Stromes in seinem alten Bette und durch eine freie Schiffahrt auf dem offenen Rheine lassen sich schwere nachteilige Folgen für einen blühenden Landstrich Südbadens und seiner landwirtschaftlichen und gewerblichen Bevölkerung verhüten.

Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß die Zentralkommission für die Rheinischschiffahrt, die berufen ist, die Rheinischschiffahrtsinteressen aller beteiligten Nationen gleichmäßig zu wahren, keine künstliche Ableitung des Rheines aus seinem derzeitigen Lauf zulassen wird.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Handelskammersekretär Braun-Konstanz brachte noch zur Kenntnis der Versammlung, daß der Reichsschiffahrtsverband jus et justitia, Mannheim und der Norddeutsche Schiffahrtsverband für Schiffahrt, Rhein-Bodensee in St. Gallen Sympathie-Kundgebungen gefandt hätten und riefen an die Teilnehmer der Versammlung einen warmen Appell, die Bestrebungen des Rheinischschiffahrtsverbandes, die den baldigen Ausbau des gesamten Oberrheines für die Zwecke der Großschiffahrt bis zum Bodensee zum Gegenstand haben, nachhaltig zu unterstützen.

Der Vorsitzende schloß, nachdem er noch in besonderer Weise der Presse für ihre Teilnahme und Förderung der Angelegenheit gedankt und in launiger Weise bemerkt hatte, daß man auch das während der Versammlung niedergegangene heftige Gewitter als einen Protest des Himmels gegen die Erbauung eines Rheinischschiffahrtskanals betrachten könne, die interessante und anregend verlaufene Tagung.

## Strafantrag

Gegen den Diplomaltdwirt Finus in Radolfzell hat, wie wir hören, der Finanzminister Strafantrag gestellt, weil Finus in Nr. 68 der „Freien Stimme“ vom 20. März die Domänenverwaltung in beleidigender Weise angegriffen hat, nachdem sie die Verhandlungen mit Finus über die Verpachtung des Radolfzeller Rieds abgebrochen hat.

## Der Abg. Mager und der Hagenschießprozeß

In der „deutschen Nationalen“ „Bad. Zeitung“ löst sich der jüngst im Hagenschießprozeß wegen Begünstigung zu 500 Mark verurteilte Abg. Mager über den Prozeß aus, indem er die Frage zu beantworten sucht: „Wurde im Hagenschießprozeß der Hagenschieß-Scandal aufgedeckt?“. Mager meint, der Scandal sei nicht aufgedeckt und müsse erst im Landtag aufgedeckt werden.

Dazu schreibt der „Bad. Beobachter“: „Abgeordneter Mager mag recht haben, daß noch nicht alles aufgedeckt ist und daß vielleicht im Landtag weitere Aufklärungen gegeben werden können. Aber etwas ist aufgedeckt und das darf der Innenminister-Abgeordnete Mager nicht verhehlen. Aufgedeckt ist nämlich, daß der deutschnationale Abgeordnete Mager in nächsten Beziehungen zu dem Herrn Honnef stand, der durch das Gerichtsurteil im Hagenschieß-Prozeß am schwersten bestraft wurde; aufgedeckt ist ferner, daß Abgeordneter Mager diesem Herrn Honnef, zu dem er offenbar schon lange in geschäftlichen Beziehungen steht, wie man vom Abbruch der Luftschiffhallen her weiß, Dienste erwiesen hat, die er ihm nach dem Strafgesetzbuch nicht erweisen durfte; Abgeordneter Mager wurde ja deshalb auch zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt; aufgedeckt ist ferner, daß der deutschnationale Fraktionsführer D. Mager dem Herrn Honnef den offiziellen Bericht über eine vertrauliche Sitzung eines Ausschusses im badischen Landtag übermittelte, der ihm dann seinem Freund Honnef zukommen

ließ, wobei das Gericht zugunsten Magers annahm, daß ihm nicht nachgewiesen werden könne, er habe die Vertraulichkeit dieses Berichtes gelannt. Das Gericht ist mit dieser Annahme sehr weit gegangen, denn wir Redakteure z. B. waren uns klar darüber, daß der Bericht als vertraulich zu behandeln sei, schon deswegen, weil alle Ausschussberichte des Landtags bis zu einem gewissen Grade als vertraulich anzusehen sind. Daß Mager dies nicht gemerkt haben soll, ist mehr ein Vorwurf als eine Entschuldigung für ihn.

Da aber die Dinge so liegen, kann es nur als Skandal bezeichnet werden, wenn Abgeordneter Mager sich heute erkläre, als Ankläger in Sachen des „Sausfalls“ im Hagenschieß auszutreten. So nämlich hat Abgeordneter Mager einst im Landtag die Hagenschießangelegenheit genannt, trotzdem er selber nähere Beziehungen zu dem Herrn Honnef, die sich in diesem „Sausfall“ wohl fühlten und Geschäfte mit ihnen machten. Man muß es doch einmal offen aussprechen, daß es den allerpeinlichsten Eindruck macht, wenn Abgeordneter Mager in aller Ruhe sich nicht nur weiter als Abgeordneter aufstellen darf, sondern nun auch noch den Ankläger gegen andere spielen will. Das allererste Erfordernis ist, daß einmal die deutschnationale Fraktion sich mit ihrem Fraktionsmitglied Mager beschäftigt, sonst wäre es leicht möglich, daß der Landtag die deutschnationale Fraktion daran erinnern müßte, was sonst parlamentarischer Brauch ist. Ein Abgeordneter Mager als Ankläger im Parlament ist eine unmögliche Figur; dagegen ist ein Angeklagter Mager vor Gericht und vor dem Parlament und gar der natürlichen Lage angemessen.

Wie das „Karlsruher Tagblatt“ erzählt, ist im Hagenschieß-Prozeß sowohl von dem Angeklagten Abg. Mager, wie von den Angeklagten Hebe und Honnef, sowie auch von der Staatsanwaltschaft Berufung gegen das Urteil der ersten Instanz eingelegt worden.

## Das 1. pfälzische Pressefest

Das 1. pfälzische Pressefest findet, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, bestimmt am 2. Mai in sämtlichen Räumen des städtischen Saalbauers in Neustadt a. S. statt. Das Ehrenpräsidium hat der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons übernommen. Reichskanzler Dr. Luther hat sein Erscheinen fest zugesagt und wird bei dem Fest selbst das Wort ergreifen.

## Gemeinde-Rundschau

Die Heilbronnener Bürgermeistereiwahl am Montag, ist, wie zu erwarten war, ergebnislos verlaufen. Von 108 Mitgliedern des Heilbronnener Bürgerausschusses haben 88 abgestimmt. Es erhielten: Raurat Schmal 28, Dr. Hofmann-Kaiserlautern (Sozialdemokrat) 26, Dr. Hamm-Freiburg 20 und Gering (Kommunist) 10 Stimmen. Weiße Zettel wurden 16 abgegeben.

Der Stadtrat Freiburg i. Br. genehmigte vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die Erweiterung der Akkumulatorenanlage des Elektrizitätswerks mit einem Kostenaufwand von 300 000 Mark. Für die Geländeerwerbungen zur Durchführung des diesjährigen Wohnungsbauprogramms bewilligte der Stadtrat einen Kredit von rund 25 000 Mark.

Zur Förderung der Privatbautätigkeit sollen künftighin wieder auf Wunsch des Baugewerbes Bauholzdarlehen für Privatbauten unter den bisher üblichen Bedingungen bewilligt werden. Bedoch dürfen die notwendigen Lieferungen für die Bauten der Stadt und der Siedelungsgesellschaft nicht beeinträchtigt werden. Die Hypothek für das Bauholzdarlehen muß innerhalb der Höchstbeleihungsgrenze von 70 Prozent der amtlichen Schätzung bleiben.

Eröffnung der neuen Schule zu Neersburg. Am Weichen Sonntag wird im Lehrerseminar zu Neersburg die neue Schule eröffnet. Das Gebäude ist vom Ministerium der Finanzen übernommen worden und damit in die finanzielle Verwaltung des Domänenamtes gekommen. Der Pachtvertrag zwischen Ministerium und Caritasverband ist auf 12 Jahre abgeschlossen worden. Die Realschule, welcher nach Möglichkeit bald eine Handelsschule angegliedert werden soll, wird gleichzeitig mit den anderen Mittelschulen des Landes Ende d. M. eröffnet.

den strengen klassischen Kontur durchstehenden Finger wirken viel eher barock. Vielleicht nimmt sich unser Oberpieler einmal „Heinrich Wäfflins“ „Kunstgeschichtliche Grundbegriffe“ vor. Inzwischen war der Gesamteindruck befriedigend, namentlich dank der von Melanie Ernardt als Helena und Marie Freundorfer als Oberführerin sehr wohlklingend und geschmackvoll gesprochenen Verse.

Wesentlich schwächer aber war die Szene im „Burghof“. Schon das Bühnenbild selbst war nicht sehr erheben; auch der koloristische Eindruck war dürftig. Vor allem aber war hier Baumbach als Megisteur ungeschickt. Faust darf nicht andauernd höher stehen als Helena, die unumstößliche Herrscherin sein soll. Nicht umsonst läßt Goethe Helena zu Faust sagen: „Ich wünsche dich zu sprechen, doch darauf an meine Seite komm!“ Nachdem man aber Beide beieinander sitzen und das intime Liebesgespräch angeht, sollten sie nicht von Chor und Dienerchor dicht umgeben sein. Grotesk wirkte dann schließlich noch das Erscheinen der fünf Statisten als Gelehrter; dieser kümmerliche Auftritt wäre doch ungeschwer zu umgehen gewesen, wenn Faust seine Befehle einfach von den Jüngern in die Tiefe des eigentlichen Burghofes erteilt hätte. Darstellerisch wurde die Szene beeinträchtigt durch die Kräfte des Faust; eine Entschuldigung bot Helena höchstens äußerlich, denn künstlerisch war ihrer Leistung nichts vorzuziehen. Sehr ausdrucksvoll in Haltung und Sprache war auch Helens Knecht als Lynceus.

Am besten war die Euphorionszene des Alles geraten, bildlich und darstellerisch. Besonders sei hier voll Lobes der amüßigen leichtschwingenden Darstellung Euphorions durch Ellj Wuchmann gedacht. Wenn bei dieser Szene überhaupt ein Einwand zu machen ist, dann wäre es der, ob es nicht vorteilhafter gewesen wäre, den Tanz der Euphorion mit dem Chor von der Vorderbühne mehr in die Tiefe zu verlegen.

Die Höhepunkte der Aufführung bildeten der vierte und fünfte Akt. Hieran hat wesentliches Verdienst Robert Bürtner als Faust. Voll Kraft, Energie und innerer Wärme war seine Darstellung durchaus eine künstlerische Offenbarung die jede Kritik ausschaltete. Und das selbe gilt, wie die ganze Aufführung hindurch, von der wunderbaren Megistobühnenführung durch Ulrich von der Trend.

Gleich die erste Hochgebirgszene war auch bühnisch sehr wirkungsvoll. Die Felsbrücke für das Verständnis des Buhmums, daß Faust in seinem Monologe statt „Kurorenliebe“ von „Margarethenliebe“ spricht, wäre wohl unnötig gewesen, ebenso wie zum Schluß des IV. Aktes die Beleuchtung Fausts mit dem zu erwerbenden Meeresstrand überflüssig war angesichts des Berichtes, den wir im folgenden Bilde von Fausts Will davon erhalten. Ich jedenfalls kenne diesen Auftritt

nicht und vermute daher, daß Baumbach durch eigene Zudichtung Goethe, wenn nicht verbessern, so doch verständlicher machen wollte. Ich weiß natürlich, daß es von jeder Seite der Regisseure ist, nicht nur zu kürzen — die Kürzungen bei Baumbach sehr lug und verständnisvoll vollzogen —, sondern bei Gelegenheit auch hinzuzufügen; beides ist natürlich eine Vergeßlichkeit des Dichters, aber während die Kürzungen häufig unentweidlich sein werden, sind Zudichtungen stets unverantwortlich, da siehst sich die Sätze zu. Wenn Baumbach schon glaube, noch ausdrücklich auf Faust hinweisen zu müssen, und dafür kann er wohl auf Verständnis rechnen, dann hätte er wohl besser den von Goethe in Versen ausgeführten, aber in die Dichtung noch nicht aufgenommenen Mitterschlag Fausts aufnehmen sollen. Daran hätte sich dann folgerichtig das Wort des Erzählers geschlossen: „Der Kaiser ging hinweg, der Bischof ist geblieben u. s. f.“

Auch die Kaiserzene war gut gelungen, wenn auch viel schöner Dichteriſche dem Streichstift zum Opfer fallen mußte. Ich hätte allerdings mir den Kaiser etwas gezielter, wenig jugendfrisch gewünscht. Sehr gut waren die drei gewaltigen Gefellen, Maxfeldt von Siegfried Nierberger, Gabelholz von Friedrich Brüter, Galtstet von Hans Berger. Ihr Erscheinen war jenseitig gut ausgedacht und auch ihre körperliche Erscheinung wie ihre Sprache und Gebärdenweise sehr stark. Fris Perz bot als Erzähler zum Schluß eine feiner prächtigen Epochen gestalten.

Der fünfte Akt war jenseitig von Anfang bis zu Schluß von drei riesigen Epochen beherrscht, die die Bühnentiefe, auf sie weite Ausblicke lassend, von der Spielbühne trennten. So eindrucksvoll dieses Bühnenbild war, hielt ich es doch für das Bühnen-Waunis-Woll für verfehlt. Das Thema der Szenenfolge ist doch gerade, daß der maßlose Eifer auch durch seinen ganzen Weltbeiß nicht befriedigt wird, so lange ihm nach die kleine Pütte und das Apollonien auf dem Hügel des alten Paars verhängt bleiben. Dadurch, daß dies keine Eigentum der Allen gar nicht sichtbar wird und Wilemon (Paul Gemmede) und Waunis (Effe Noorm) mit dem Wanderer unter den gewaltig hochgehenden Wogen ihre Szene spielen, geht das Bühnen-Waunis-Woll für den thematischen Gegensatz verloren.

Sehr gut aber wirken die folgenden Auftritte in dem Bühnenbild, namentlich auch die Turmwächterzene, in der sich Helens Macht als denkwürdiger Sänger offenbart. Nach der mittelmäßig-gespenstischen Erscheinung der vier grauen Weiber ließ uns ein kurzer Szenewandel den Dialog zwischen Faust und der Sorge (Marie Freundorfer) im Zimmerinneren sehr eindrucksvoll erleben. Wenn ich hier noch einen Wunsch hätte, so wäre es der, daß das berühmte Selbst-

bekenntnis Goethe-Fausts mit stärkerem Stimmtone gesprochen würde. Überhaupt litt die Wirkung der Aufführung meines Erachtens darunter, daß allzuhäufig Flüsterstimme benutzt wurde.

Von stärkstem Eindruck waren darauf Tod und Grablegung Fausts. Bühnenbild, äußere und innere Regie und vor allem das Spiel Bürtners und Ulrich von der Trends als Faust und Mephisto bildeten zusammen eine künstlerische Einheit von höchstem Werte. Wenn auch darauf bei dem Kampf um Fausts Seele die Engelschor naturgemäß zu förperlich wirkte, so war doch das Spiel von der Trends so gewaltig, daß er die Zuschauer mit seinem Niederbruch in unbedingten Bann schlug. Damit war eigentlich die Fausttragödie mit stärkstem Akzent zu Ende geführt.

Aber nun folgte die Gnadenlösung des immer strebenden Sünder. Dieser Schlußteil der Dichtung muß seinem inneren Sinne nach dynamischen Charakter tragen. Faust muß stufenweise immer höher steigen bis zur Mutter Goethes. Sowie wir betannt ist, stimmt Baumbach mit mir darüber ein. Es muß also an einem unüberwindlichen Mangel des technischen Apparates liegen, daß er seine dahin zielenden Pläne nicht verwirklichen konnte. Aber was er nun gab, seien mir das gerade Gegenteil, indem statt des Dynamischen das Statische fast absolut wurde. Er hatte ein an sich sehr schön wirkendes Bild aufgebaut mit der Mutter Goethes (Maria Noeller) als Krönung. Das höchste Göttliche läßt sich aber auf die Dauer nicht als lebendes Bild darstellen, ohne an ein Wachstumsabwärtigen zu erinnern. Das Ganze wirkte zu statisch, zu diesseitig; alles Jenseitige, Rhythmisches war in der Klarheit fest unvershoren, geschlossener Architektur in strahlender Lichtfülle verloren gegangen. Darüber vermag ich auch nicht die gerade hier besonders eindringliche Sprechweise Stefan Dahlens als Vater Scholasticus nach die der anderen Darsteller — Hans Berger als Vater Profundus, Fris Perz als Doctor Marianus, Ulli Scheinflug als Una Bonitium hinweghelfen; und daß gar der Schlußchor, der Chor mysticus von einer einzigen dünnen Stimme, die sich dazu noch an entscheidender Stelle hoffnungslos verpochte, gesprochen wurde, machte das Unglückliche zum Ereignis.

Trotz all dieser kritischen Einwände bleibt aber die Aufführung eine Tat, für die die Theaterleitung, insbesondere der Oberspielleiter, Felix Baumbach und die zahlreihen Einzelsteller großen Dank verdienen; dieser sei hiermit auch Emil Burlard für die Bühnenbilder und Margarete Schellens für die Kostüme ausgesprochen. Hoffentlich bezeugt das Karlsruher Publikum sein Verständnis für die hier geleistete große künstlerische Arbeit durch zahlreichen Besuch der Wiederholungen.

Prof. Dr. Axel Holt.

Der Gaslieferungsvertrag Billingen-Schwenningen ist am 8. April von den beiderseitigen Stadtoberhäuptern unterzeichnet worden. Der Gemeinderat Schwenningen und der Gemeinderat Billingen haben ihn einstimmig genehmigt. Danach verpflichtet sich Billingen zur Lieferung der für die Versorgung Schwenningens erforderlichen Gasmenge bis zu einem Jahresmaximum von 24 Millionen Kubikmeter. Die Gaslieferung beginnt spätestens am 1. Januar 1926.

**Bürgermeisterwahl.** Der bisherige Bürgermeister Bent in Rheinweiler hat sein Amt niedergelegt. Auf Ostern findet die Neuwahl statt.

### Aus der Landeshauptstadt

**Kirchenrat Stadtpfarrer D. Wilhelm Brückner** †. Am Palmsonntag ist hier, fast 93-jährig, Kirchenrat D. Brückner gestorben. Ein Abstammung einer in Finnland beheimateten Familie, wurde er am 9. August 1832 in St. Petersburg geboren. Zuerst war er Pfarrer einer reformierten Gemeinde im sibirischen Steppenland. Im Jahre 1863 wurde er in den badischen Kirchengendienst aufgenommen. Zuerst war er Pastoralionsgeistlicher in Oberkirch, dann Pfarrer in Billingen am Kaiserstuhl. Einunddreißig Jahre lang war er darauf Pfarrer in der Südstadt von Karlsruhe. Fünf Jahre lang führte er den Vorsitz im Karlsruher Kirchengemeinderat. Im Jahre 1906 trat er in den Ruhestand. Die theologische Fakultät Heidelberg hat ihm den Ehrendokortitel verliehen, im Jahre 1917 wurde er noch Kirchenrat. Noch in den letzten Jahren war er wissenschaftlich tätig. Er war ein ausgezeichnete Prediger. Dem Protestantischen Verein von Karlsruhe war er der geistige Führer. Er war ein Hauptbetreuer jener Richtung, die eine Verbindung von Glauben und Wissen schaffen und eine Verbindung von christlicher Geistesreligion und schillerischem Idealismus herbeiführen wollten.

**Nämliche Funde.** Der Stadtrat Karlsruhe beschließt die Erhaltung eines der 3 römischen Siegelöfen, die anlässlich der Straßenbauten in der Altbiedelung gefunden wurden, durch Aufführung einer Schutzmauer mit Überdachung. Der Ofen soll der Besichtigung jederzeit offenstehen.

**Der Stadtausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege** Karlsruhe hielt dieser Tage seine Jahresversammlung in den Räumen der Bad. Landesturnanstalt unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung ab. Der neue Satzungsentwurf lehnt die bisher einberufenen Ausschüsse ab und setzt an deren Stelle eine nach Bedarf einberufende Vertreterversammlung, in welcher jeweils jeder Verein seine Vertretung zu entsenden hat. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: 1. Vorsitzender Prof. Dr. Oskar Salweg, 2. Vorsitzender Oberpostsekretär Bohner, 3. Vorsitzender Prof. Dr. Eichelberger, Geschäftsführer: Turnlehrer C. Feuchter.

**Für die Erhaltung der Ruine Frauenalb.** Der Verkehrsverein hat sich in Verbindung mit hiesigen Wanderorganisationen in einer Eingabe an den Badischen Landtag gewandt, um der Stadtverwaltung Mittel zur Erhaltung der Klostermauer Frauenalb an die Hand zu geben, nachdem alle bisher unternommenen Schritte, die Ruine vor ihrem völligen Zerfall zu bewahren, nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben.

**Ermäßigung des Brotpreises.** Nachdem sich seit Wochen der bedeutend ermäßigte Mehlpreis auf dem ermäßigten Stande erhalten und in den letzten Tagen sogar noch eine weitere Herabsetzung erfahren hat, hat auch die hiesige freie Bäckereivereinigung sich nunmehr entschlossen, den Brotpreis um eine Kleinigkeit zu ermäßigen, nämlich von 24 auf 23 Pfg. für das Pfund Halbwiegebrot.

**Der Mieterschutzverein e. V. Karlsruhe** hielt am Freitag seine jährliche Generalversammlung unter dem Vorsitz seines 1. Vorstandes Hirscher ab. In den Sprechstunden wurden über 800 Besuche erledigt. Vor den zuständigen Gerichten wurden die bisherigen Mitglieder des Vorstands einstimmig wiedergewählt. In der Aussprache über das Wohnungswesen kamen die Forderungen der Mietervereine zum Ausdruck. Sie verlangen, daß die Gebäudesondersteuer restlos für Neubauten vermindert wird. Die Einführung der freien Wohnungswirtschaft würde unter den heutigen Umständen nur die freie Mietzinssteigerung bedeuten; es würden sich unheimliche Mieten ergeben, die außer allem Verhältnis stünden zu Löhnen und Gehältern. Auch die Wohnungen in Neubauten

sollten gemäß dem Reichsmietengesetz vermietet werden. Scharf wandte man sich gegen den Mißer, der in verschiedenen Formen (Abstandsgelder, Schmiergelder usw.) beim Beschaffen der Wohnungen getrieben wird, leider auch von Mietern gegenüber Wohnungsfuchenden.

**Vorausichtige Witterung am Mittwoch: Wieder Aufhellung, trocken, mäßig warm (tags etwas wärmer als heute).**

### Kurze Nachrichten aus Baden

**W. Mannheim, 7. April.** Aus Rom wird uns gemeldet: Der erste päpstliche Rom-Pilgerzug ist nach jeweils eintägigen Aufenthalten in Mailand und Genua am Montag früh glücklich in Rom angekommen. Heute, Dienstag früh, liegt der Papst die St. Messe für die Pilger. Die große Audienz beim St. Vater ist für die nächsten Tage angesetzt.

**D. Heilbronn, 4. April.** Vor dem hiesigen Schöffengericht fand gestern vormittag die Verhandlung gegen den Direktor des städt. Arbeitsamtes, Fritz Härtel, wegen Unterschlagung statt. Der unterschlagene Betrag beträgt 15.800 Mark. Der Angeklagte gibt die Unterschlagungen zu und gibt als Grund zur Tat geistige und körperliche Erschlaffung an. Sodann gibt er ein genaues Bild seiner bisherigen Tätigkeit als Direktor des Arbeitsamtes und als Vorsitzender der städt. Beamten. Über die Verwendung der unterschlagenen Summe gibt er ebenfalls ausführliche Darstellungen. Härtel wurde wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten, abzüglich zwei Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

**D. Laubersheim, 7. April.** In Großrinderfeld starb gestern Altbürgermeister und Postagent Johann A. Weidmann, zweiter Vorsitzender des Laubergaues des bad. Kriegerbundes, im Alter von 76½ Jahren. Weidmann war Veteran des Krieges 1870/71.

**D. Waghäusel, 6. April.** Am Samstagabend entgleisten auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise drei Personenzüge am nördlichen Ende des Bahnhofs Waghäusel, wodurch das von Karlsruhe nach Mannheim führende Gleis gesperrt wurde. Der Hamburg-Baseler Schnellzug D 86, Mannheim ab 7.05 Uhr hatte die Unfallstelle noch ungehindert passieren können, während später eintreffende Züge empfindliche Verspätungen durch den Unfall erlitten, so vor allem der Personenzug 999 Freiburg-Mannheim-Frankfurt a. M. Personen kamen nicht zu Schaden, auch ist der Sachschaden nur ganz gering, doch war die Störung umso empfindlicher, als am Samstag ein lebhafter Fremdenverkehr sich auf dieser Strecke abwickelte.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	7. April		6. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.74	168.16	167.49	167.91
Kopenhagen 100 Kr.	77.27	77.45	77.12	77.32
Italien . . . 100 L.	17.17	17.29	17.25	17.29
London . . . 1 Pfd.	20.080	20.130	20.083	20.133
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.55	21.61	21.74	21.80
Schwiz . . . 100 Fr.	80.985	81.185	80.94	81.14
Wien 100 Schilling	59.03	59.05	59.06	59.20
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.475	12.44	12.48

Notierung überall 100 Prozent

#### Geschäftliches

**Ma Haasenfein & Vogler.** Nachdem die Geschäfte der Ma Vereinigte Anzeigengesellschaft, Haasenfein & Vogler A.G. Daube & Co. G. m. b. H., auf die Ma-Anzeigengesellschaft übertragen sind, ist die Zweigniederlassung der letzteren aufgehoben und dafür die Zweigniederlassung der letzteren zur Eintragung angemeldet worden. Diese formelle Umstellung hat im übrigen keinerlei Einfluß auf die Fortführung der Geschäfte der bekannten Annoncen-Expedition Ma-Haasenfein & Vogler.

### Bekanntmachung für portugiesische Staatsangehörige.

Sämtliche Portugiesen, die sich in Deutschland länger als drei Monate aufhalten oder sich ansässig machen wollen, müssen lt. Gesetz immatrikuliert werden. Portugiesen, welche nicht im Immatrikulationsbuch eines im Deutschen Reich amtierenden Konsulats eingetragen sind, haben auf Schutz und Hilfe seitens des portugiesischen Konsulats keinen Anspruch. Infolgedessen werden alle im Freistaat Baden wohnhaften Portugiesen zur Immatrikulation aufgefordert.

Mannheim, den 1. April 1925.  
Consulado de Portugal em Mannheim.  
Der Konsul:  
W. G. Kummer.

Zur heiligen Kommunion empfiehlt  
**Uhren und Goldwaren**  
äußerst billig  
**L. THEILACKER, Uhrmacher**  
Hebelstraße 23, gegenüber Café Bauer. (240)

**Im Gläubigen Nachgelassen:**  
Victoriastraße 10  
sind Neutheiten in  
Nessel-Damaske  
Bettücher, Taschentücher  
nach Gewicht eingetroffen  
Rein Waden, daher billig.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
A. 356. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Industrie- und Büttenbedarf, vorm. Carl Haf in Karlsruhe, Baden, wurde heute am 4. April 1925,

so wie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Montag, den 4. Mai 1925, nachmittags 5 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 8. Juni 1925, nachmittags 5 Uhr, Akademiestraße 4, 2. Stod, Zimmer 131, Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Mai 1925 Anzeige zu machen. Karlsruhe, den 4. April 1925. Gerichts-Schreiber des Badischen Amtsgerichts A. 3.

**A. 336. 2.1 Offenburg.** Der minderjährige Eduard Ernst, geb. am 18. Dezember 1924 in Offenburg, Prozeßbevollmächtigter: Stadtratsmitglied Offenburg, klagt gegen den Arbeiter Fritz Waldbauer, früher in Offenburg unter der Bezeichnung, daß der Beklagte nach § 1717, 1708 B.G.B. unerkennbar sei, auf Rückzahlung der Zahlung einer monatlichen Unterhaltsrente von 25 M., und zwar jeweils vierteljährlich voraus vom Tage der Geburt, d. i. 18. Dezember 1924 bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sowie zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Offenburg, Zimmer Nr. 17 auf Donnerstag, den 14. Mai 1925, vormittags 9 Uhr, geladen.  
Offenburg, 31. März 1925. Bad. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber.

**Lieferung und Aufstellung der eisernen Tragbauten der Hohlbadbrücke km 243,0 der Hauptbahn Mannheim-Basel** 22 t Stahlformguß, sowie Ausbau der vorhandenen Tragbauten nach den vorläufigen Verbindungsvorschriften der Deutschen Reichsbahndirektion Karlsruhe, Brückenbauamt. A. 353

**Lieferung und Aufstellung der eisernen Tragbauten der Hohlbadbrücke km 243,0 der Hauptbahn Mannheim-Basel** 77,8 t Stahlformguß und 1,6 t Schmiedestahl, sowie Ausbau der vorhandenen Tragbauten nach den vorläufigen Verbindungsvorschriften der Deutschen Reichsbahndirektion Karlsruhe, Brückenbauamt. A. 354

**Lieferung und Aufstellung der eisernen Tragbauten der Hohlbadbrücke km 243,0 der Hauptbahn Mannheim-Basel** 77,8 t Stahlformguß und 1,6 t Schmiedestahl, sowie Ausbau der vorhandenen Tragbauten nach den vorläufigen Verbindungsvorschriften der Deutschen Reichsbahndirektion Karlsruhe, Brückenbauamt. A. 355

### Verschiedenes

**Großfeuer in Hamburg**  
Gestern, in später Abendstunde, brach ein großes Feuer auf der Deutschen Werft aus. Beim Eintreffen der Feuerswehrt Freiwiliger Feuerwehr und drei Löschzügen aus Hamburg, die mit Fahrbooten an die Brandstelle befördert wurden, brannten die Felgen lichterloh. Durch energische Bekämpfung mit 17 Rohren konnte das Feuer nach mehr als einstündiger Arbeit soweit eingedämmt werden, daß keine weitere Gefahr mehr bestand. Der Feuerschein war in der dunklen Nacht über der Elbe weithin sichtbar. Das Feuer war auf den Decken und Rängen eines 20 t großen, kurz vor dem Stapellauf stehenden Motorschiffes ausgebrochen. Die Anhaftung von brennbarem Material, die starke Paraffin-Schmierung und der kräftige Osinoid führten zu einer Ausdehnung des Brandes, der einen Einsatz von 18 Rohren notwendig machte. Die Nachlöscharbeiten dauerten bis in die Morgenstunden.

### Staatsanzeiger

In die 56 Bezirksfürsorgeverbände  
Nr. 31670. Zusatzrenten.

Den Verbänden geht unter Hinweis auf den Minderlohn vom 21. Januar ds. Js. Nr. 6228 f. S. je ein Muster der in Carl Dehmann's Verlag, Berlin W 8, erschienenen Vorbrude zur Kenntnis und erforderlichenfalls unmittelbaren Bestellung zu. Die monatliche Überhebung der Jahresliste bei Postfachzahlung an das Postfachamt, wie dies im Muster vorgegeben ist, wird zweckmäßigerweise unterlassen und ein besonderer Sammelzettel in der bisherigen Art angefertigt. Gleichzeitig wird ersucht, den summarischen Verwendungsnachweis für das IV. Vierteljahr 1924/25 nebst den namentlichen Erhaltungsnachweisungen unter allen Umständen spätestens bis 15. ds. Mts. vorzulegen, damit die Jahresabrechnung mit dem Reiche rechtzeitig erfolgen kann. Die Gemeindeverbände haben außerdem die Zusatzrentenrechnung für 1924 mit vorzulegen.

Karlsruhe, den 6. April 1925.  
Ministerium des Innern  
Landesfürsorgeverband  
J. A. v. Babo.

#### Bekanntmachung

Prüfung im Aufbeschl. Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschl. finden statt:

am Dienstag, den 21. April 1925, vorm. 9 Uhr, in der Aufbeschl. zu Mannheim,  
am Mittwoch, den 22. April 1925, vorm. 8 Uhr, in der Aufbeschl. zu Karlsruhe,  
am Freitag, den 24. April 1925, vorm. 8 Uhr, in der Aufbeschl. zu Freiburg und  
am Dienstag, den 28. April 1925, vorm. 9 Uhr, in der Aufbeschl. zu Wehrh.

Anmeldungen sind schriftlich spätestens bis zum 12. April 1925 bei dem Bürgermeisteramt des Wohnortes unter Anschlag des Geburtsortes des Bewerbers und eines bürgermeisteramtlich beglaubigten Nachweises über eine mindestens vierjährige Tätigkeit im Schriftverkehr einzureichen. Das Bürgermeisteramt hat das Gesuch alsbald dem Ministerium des Innern vorzulegen, das über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung entscheidet.  
Karlsruhe, den 6. April 1925.  
Der Minister des Innern  
J. B. Beers

Dem Caritasverband Forstheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt. Ziehungstag: 15. August 1925.

Karlsruhe, den 3. April 1925.  
Der Minister des Innern  
J. B. Beers.

Vom Mittwoch, den 8. April werden die bisher nur von Karlsruhe nach Berlin Schief. W. sowie umgekehrt verkehrenden Schnellzüge D 45/D 46 in dem vom 1. Mai an vorgesehenen Fahrplan von und bis Baden-Baden durchgeführt. Zug D 45 verläßt Baden-Baden 6.00 Nachm., Zug 46 trifft um 10.50 Vorm. daselbst ein.

25. vormittags 11 Uhr, geschlossen und postfrei einzuliefern. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, den 7. April 1925. Reichsbahndirektion Karlsruhe, Brückenbauamt. A. 354

Die Bauarbeiten, nämlich die Grab-, Maurer- und Entwässerungsarbeiten, Steinmauer-, (Kunst-) Zimmer-, Schmiebo-, Blech-, Dachdeckerarbeiten und Balzelenlieferung für das neue Aufnahmehaus in Pullendorf sollen öffentlich vergeben werden. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen liegen an der Baumeisterei in Schwandeneute und auf unserem Hochbauamt in Konstanz zur Einsicht auf, wofür auch die Angebotsvordrucke gegen Vergütung abgegeben werden. Die Angebote sind verschlossen und postfrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis Montag, den 20. April 1925, vormittags 11 Uhr - Eröffnungstermin - an die Bahnbauinspektion in Konstanz einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. (315) Konstanz, 1. April 1925. Bahnbauinspektion.

**Weisandtschachtarbeiten:** Öffentlich zu vergeben 1200 Ibm Bettungsarbeiten im Bahnhofsplatz in Karlsruhe auf der Bahnhofsbrücke Waghäusel-Zimmendingen. Angebotsvordrucke mit Arbeitsbeschreibungen liegen bei mir Zimmer Nr. 6 auf, Abgabe von Angeboten

nach auswärts nur gegen Vorweisung von 1.- Mark. Angebote mit Aufschrift: Weisandtschachtarbeiten im Bahnhofsplatz in Karlsruhe, verschlossen, postfrei, bis längstens 20. April 1925, vorm. 11 Uhr, bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Deutsche Reichsbahngesellschaft, Vorstand der Bahnbauinspektion Waghäusel. A. 355

**Badisches Landestheater**  
Mittwoch, den 8. April 1925  
G. 20. Th.-Gem. 1701-2100  
Rollsbühne 8  
**Mignon**  
Oper in 3 Akten mit Ausstattung des Goethischen Romans „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ von Michael Carre und Jules Bardier. Deutsches von Ferd. Gumbert.

Musik von Andrejose Thomas. Musikal. Leitung: A. Lorenz. In Szene gef. von S. Buffard. Personen:  
Wilhelm Meister Kewitz  
Lothario Geiser  
Mignon Siebert  
Wilhelm von Ernst A. G.  
Laertes Peters  
Baron v. Rosenbergschmitt  
Friedrich Bauer  
Jaeno Loichinger  
Jakart Kleinberg  
Antonio Gedding  
Anfang 7 Uhr Ende 10 Uhr  
Preise: Sperrst. 1 Mt. 7.-